# Sofortige Aufhebung des Einreiseverbots für irakische GewerkschafterInnen !

Am 20.10.05 hat die Deutsche Botschaft in Bagdad völlig überraschend und ohne Begründung zwei KollegInnen der Ölarbeitergewerkschaft GUOE die Visa abgelehnt. Wir sehen in dieser Entscheidung eine Einschränkung der Organisationsfreiheit der irakischen Kollegen und eine wesentliche Einschränkung unserer Informationsfreiheit in Deutschland.

Der noch amtierende Außenminister, Herr Fischer, kann diese Entscheidung unverzüglich korrigieren. Dazu fordern wir ihn mit dieser Unterschriftenliste auf.

Die Bundesregierung hat behauptet, sie wolle im Irak Demokratie und Selbstbestimmung fördern.
Freie Gewerkschaften, das Recht auf Koalition und Streik, sind eine unabdingbare Voraussetzung für Demokratie. Im September 2003 gab der damalige Statthalter der US-Regierung im Irak mehrere Befehle aus, die die Gesetzgebung des Saddam Hussein Regimes außer Kraft setzten und der internationalen Kapitalseite enorme Freiheiten eröffneten. Doch ein Gesetz Saddam Husseins ließ er bestehen: das Gewerkschaftsgesetz, dass nur eine Staatsgewerkschaft zulässt. Diese Befehle Bremers gelten nach wie vor. Die Entscheidung der deutschen Botschaft in Bagdad bedeutet eine aktive Unterstützung dieser völlig undemokratischen "Gesetzgebung" Saddam
Husseins und der US-Regierung.

Wir fordern das Außenministerium, insbesondere den Außenminister auf, der deutschen Botschaft in Bagdad die Weisung zu erteilen, die beantragten Visa für Frau Bosrah A. Abbood und Herrn Taha A. Ibraheem Breshdi unverzüglich zu erteilen. Laut länger vorliegender Erklärung der deutschen Botschaft liegen alle erforderlichen Unterlagen vor.

| **Name** | **Adresse** |
|---|---|
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |

*An das Auswärtige Amt, Werderscher Markt 1, 10117 Berlin*
*Telefax: 030 5000 34 02* *e-mail: poststelle@auswaertiges-amt.de*